



„Der Rat beschließt nach
Stellungnahme des
Europaparlaments...“ – für
mehr als Randbemerkungen
waren die Parlamentarier
anfangs nicht zuständig. Das
war einmal: Das Parlament
hat mit den Mitgliedstaaten
gesetzgeberisch beinahe
gleichgezogen. Leider spiegelt
sich die gewachsene Bedeutung
nicht in der öffentlichen
Wahrnehmung wider.

Mitbestimmer aus Straßburg

Europaparlament wird oft unterschätzt – VON UWE ROTH

Europapolitik ist offenbar nicht langweilig. Ansonsten wäre Karl von Wogau, CDU-Europaabgeordneter aus Freiburg, wohl kaum seit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments dabei. Im Juni 1979 war das – vor fast 28 Jahren. Ein Thema, mit dem die Kandidaten damals in den Wahlkampf zogen, ist bis heute aktuell geblieben, auch wenn es durch neue Entwicklungen wie die Osterweiterung ein wenig aus dem Fokus gerückt ist: Die Gemeinschaftskasse war schon damals leer, Europa brauchte neues Geld, aber die Mitgliedstaaten wollten nicht mehr zahlen. Die alte Klage der Nettozahler in der EU. Damals, Ende der 70er-Jahre, steckte den Europäern der Schock der Energiekrise in den Knochen. Dicke Luft in den Ballungszentren brachte Umweltthemen hoch. Die Arbeitslosigkeit stieg. Für alle drei Probleme suchten Bürger Hilfe bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), wie die Europäische Union (EU) damals noch hieß.

Wahlbeteiligung sinkt. Bei der ersten Direktwahl zum Europaparlament lag die Wahlbeteiligung in Deutschland bei rund 66 Prozent, in Baden-Württemberg bei etwas über 59. Die Werte, die damals als niedrig galten, wurden seither nie mehr erreicht. Im Schnitt der neun Mitgliedstaaten beteiligten sich vor 28 Jahren 63 Prozent der Europäer an der Wahl – im Jahr 2004 waren es noch 45,5 Prozent.

Entsprechend motiviert legten die Abgeordneten los – trotz des Umstands, dass sie wenig zu sagen hatten. Ihre Ziele waren ehrgeizig: Eine Abgeordnetengruppe, die sich unter dem Namen Krokodilclub zusammenfand, begann mit der Ausarbeitung einer europäischen Verfassung. Der Spinelli-Entwurf von 1984 – benannt nach dem italienischen Abgeordneten Altiero Spinelli – wurde zwar nicht Wirklichkeit, schuf aber eine erste Grundlage zur Bildung einer Europäischen Union.

Eine zweite Gruppe nannte sich Känguru. Zu ihren Gründungsmitgliedern gehörte der Christdemokrat Karl von Wogau. Diese Abgeordneten kümmerten sich um die Beseitigung der Grenzschränken im damaligen Europa. Das taten sie hin und wieder im wörtlichen Sinn, indem sie öffentlich Grenzschränke zersägten. Doch die Einführung des Binnenmarktes kam schneller als die europäische Verfassung. Nach

der anfänglichen Euphorie mussten die Volksvertreter lernen, kleine Brötchen zu backen.

Binnenmarkt und Budget. Doch mit jeder Vertragsreform gewannen sie an Mitbestimmung hinzu. Seit der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte im Jahr 1987 kann das Europaparlament den Ministerrat zur Einstimmigkeit zwingen, wenn sich die Regierungsvertreter den Änderungswünschen der Abgeordneten verweigerten. Das erhöhte ihren Einfluss merklich. Mit dem Vertrag von Maastricht und der Mitentscheidungsbefugnis kam 1993 der Durchbruch. Binnenmarktgesetze brauchen seither die Zustimmung des Europaparlaments, um rechtskräftig werden zu können. Damit haben die Abgeordneten vor allem in den Bereichen Umwelt- und Verbraucherschutz viel erreicht. Die eigentliche Schlagkraft des Europäischen Parlaments ist jedoch das Budgetrecht. Die Parlamentarier können zwar nicht über die Einnahmen der EU bestimmen, müssen aber der Verabschiedung des Haushalts zustimmen. Da die EU keinerlei Schulden aufnehmen darf, wäre sie bei einer Haushaltsblockade durch das EP sehr schnell bankrott. Das wirkt und macht die Mitgliedstaaten gefügig.

Bei Agrarpolitik außen vor. Eine weitere Möglichkeit, sich Gehör und Respekt zu verschaffen, haben die Parlamentarier gegenüber der Kommission: Die Abgeordneten können die Kommissionsmitglieder wegen Untätigkeit aus ihren Ämtern jagen. Im März 1999 ist das tatsächlich passiert. Kommissionspräsident Jacques Santer kam mit dem Rücktritt seines Kollegiums einem Misstrauensvotum gerade noch zuvor. Dass eine neue Kommission vom Parlament bestätigt werden muss, erhöht ebenfalls seine Durchsetzungsfähigkeit. Die umfangreichsten Handlungsmöglichkeiten hat das Europaparlament in der Binnenmarktgesetzgebung. Von einigen Politikbereichen ist es jedoch nach wie vor ausgeschlossen. Die unmittelbare Agrarpolitik bleibt ebenso wie Steuerangelegenheiten oder Außenhandelspolitik die Sache der Europäischen Kommission sowie der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

SPD



Evelyne Gebhardt,
SPE

Sie ist eine wahre politische Dienstleisterin. Evelyne Gebhardt ist seit 1994 Mitglied der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE). Anfangs lag ihr Bekanntheitsgrad bei Null. Mit beharrlicher Abgeordnetearbeit hat sie über die Jahre ihr Renommee enorm verbessert. Bei einer Umfrage des Wirtschaftsmagazins „impulse“ belegte sie jüngst auf der Liste der wichtigsten Deutschen in Brüssel Platz 19. Sie ist die erste von gerade einmal zwei Frauen auf der Bestenliste. Die Leser der angesehenen Zeitschrift European Voice haben Evelyne Gebhardt zur Europäerin des Jahres gewählt. Ausgezeichnet werden alljährlich die 50 wichtigsten Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie erreichte die Spitzengruppe der Politiker – zusammen mit dem Luxemburger Premierminister Jean-Claude Juncker – schon zum zweiten Mal in Folge.

Ausschlaggebend war sicher ihre parlamentarische Zuständigkeit für die lange umstrittene Dienstleistungsrichtlinie. Wie Dienstleister bezahlt werden müssen, wenn sie nicht im eigenen Land, sondern im EU-Ausland ihre Arbeitskraft anbieten, diese Fragestellung rüttelte am Grundverständnis vom europäischen Binnenmarkt. Das Gespenst des polnischen Klempners, der zu heimischen Konditionen den fremden Markt überrollt, ließ die Emotionen hochkochen und spielte eine entscheidende Rolle bei der Ablehnung der Europäischen Verfassung in Frankreich vor zwei Jahren.

Mit Beharrlichkeit suchte und fand Evelyne Gebhardt einen Kompromiss, mit dem die großen Fraktionen im Europaparlament und die Vertreter im Ministerrat leben konnten und der den Dienstleistern vorschreibt, beim Gang über die Grenze die Konditionen des Gastlands anzuwenden. Es war politische Schwerstarbeit, denn in den Mitgliedstaaten hoben plötzlich Interessenvertreter die Hand, die mit Europa ansonsten wenig am Hut haben und noch weniger darüber wissen.

Die SPD-Europaabgeordnete stand trotz ihrer parlamentarischen Fleißarbeit in der Vergangenheit selten im medialen Rampenlicht. Während das Thema Dienstleistungsrichtlinie hochkochte, häuften sich jedoch die Interviewfragen. Oft sollte Evelyne Gebhardt in wenigen Worten Dinge erläutern, die die Journalisten in den Mitgliedstaaten eigentlich kennen mussten. Ihrer Ansicht nach haben viele Entscheidungsträger über lange Zeit die Brisanz der EU-Initiative verkannt und sich viel zu spät um die Thematik gekümmert. Dies gelte für die ihr politisch nahe stehenden Gewerkschafter ebenso wie zum Teil auch die eigene Partei. In der eigenen Parlamentsfraktion fand Evelyne Gebhardt Anerkennung: Sie wurde im Februar als Sprecherin für Verbraucherfragen bestätigt.

Die 53-Jährige stammt aus Paris und kam durch ihr Sprachenstudium nach Baden-Württemberg. Sie heiratete und wurde – da sie als Französin nicht beamtete Lehrerin werden konnte – Übersetzerin. Heute lebt sie in Mulfingen im Hohenlohekreis. Experteneinsätze für die Friedrich-Ebert-Stiftung führten sie Ende der 70er-Jahre nach Südamerika und Afrika. Neben ihrer Abgeordnetearbeit kümmert sich Evelyne Gebhardt um Kinder aus gescheiterten binationalen Lebenspartnerschaften und um grenzüberschreitende Fälle von Kindesentführung.

CDU



Rainer Wieland,
EVP

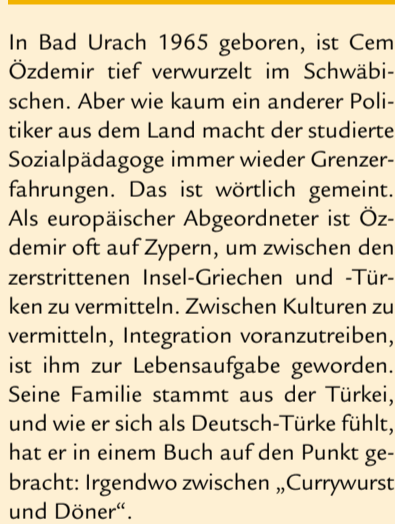
Er ist Jurist und gestandener Kommunalpolitiker. Auch als Europaabgeordneter hat er den Draht in die Lokalpolitik nie gekappt. Rainer Wieland ist CDU-Kreisvorsitzender in Ludwigsburg und Mitglied in der Regionalversammlung des Verbandes Region Stuttgart. Lediglich seinen Sitz im Kreistag hat er nach seinem Eintreten ins Europaparlament 1997 abgegeben. 2006 übernahm er die Mitgliedschaft im ZBF-Fernsehrat. Wieland ist auch deswegen ein guter Botschafter für europäische Anliegen, weil er über seine lokalen Ämter immer noch Nähe zu den Bürgern und Lokalmedien ausstrahlt, wenn er in Sachen Europa unterwegs ist.

Für seine Visionen von Europa hat Wieland einen konkreten Fahrplan. Im Jahr 2009 rechnet er mit der Annahme der Verfassung. 2014 stellen die europäischen Parteien, wenn sein Fahrplan Realität wird, Spitzenkandidaten auf, die um den Posten des Kommissionspräsidenten wetteifern. 2019 spricht Europa, so Wieland, in der Außenpolitik mit einer Stimme und nicht länger mit 27 verschiedenen.

„Für Baden-Württemberg wünsche ich mir zwischen 2009 und 2014 die Realisierung des wichtigen Projekts Magistrale für Europa.“ Ein erster Schritt dazu wird in wenigen Tagen getan sein: Am 10. Juni erreicht der TGV Karlsruhe und Stuttgart.

www.mdep.de

GRÜNE



In Bad Urach 1965 geboren, ist Cem Özdemir tief verwurzelt im Schwäbischen. Aber wie kaum ein anderer Politiker aus dem Land macht der studierte Sozialpädagoge immer wieder Grenzerfahrungen. Das ist wörtlich gemeint. Als europäischer Abgeordneter ist Özdemir oft auf Zypern, um zwischen den zerstrittenen Insel-Griechen und -Türken zu vermitteln. Zwischen Kulturen zu vermitteln, Integration voranzutreiben, ist ihm zur Lebensaufgabe geworden. Seine Familie stammt aus der Türkei, und wie er sich als Deutsch-Türke fühlt, hat er in einem Buch auf den Punkt gebracht: Irgendwo zwischen „Currywurst und Döner“.

Seit 2004 ist er Mitglied in der Grünen-Fraktion im Europaparlament, wo er sich schwerpunktmäßig um „auswärtige Angelegenheiten“ kümmert. In relativ kurzer Zeit hat er es zum Vize-Präsidenten eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gebracht, der die Aktivitäten von CIA-Agenten auf europäischem Boden untersucht. Özdemir ist gerne und oft der Erste: Sowohl im Landesvorstand der Grünen als auch im Deutschen Bundestag war er das erste Mitglied türkischer Herkunft. Nach einem Ausrutscher auf dem politischen Parkett – Stichwort Bonusmeilen-Affäre – war Özdemir zeitweise in die zweite Reihe zurückgefallen, von der er sich über Brüssel wieder nach vorne arbeiten möchte.

www.cem-ozdemir.de



Cem Özdemir,
EFA

CDU



Andreas Schwab,
EVP

Er ist Profiteur der europäischen Einigung. Das ist absolut positiv gemeint. Andreas Schwab gehört zur jungen Riege der Europaabgeordneten, die mit den Freiheiten aufgewachsen sind, die die Gemeinschaft brachte. 1973 in Rottweil geboren, studierte er nach dem Abitur Rechtswissenschaft an der Universität Freiburg. Daran hingte er ein Politikstudium am Institut d'Etudes Politiques in Paris. Weil ihm das an Auslandsferfahrung nicht reichte, absolvierte er ein Masterstudium an der Universität von Wales.

Europa als junger Mensch wahrnehmen, das war seiner Vorgängergeneration noch nicht vergönnt. Auslandssemester waren eher die Ausnahme denn die Regel. Nach seinem Referendariat war er eine Zeitlang in der Europaabteilung des Staatsministeriums, wo er im „Arbeitsstab Konvent“ dem damaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel (CDU) in der Vorbereitung des europäischen Verfassungsentwurfes zuarbeitete. Anschließend ging er als promovierter Jurist nicht in eine Kanzlei oder an ein Gericht, sondern ins Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, wo er sich um Grundsatzfragen kümmerte.

2004 zog Andreas Schwab ins Europaparlament ein. Dort hat er zahlreiche Funktionen. Unter anderem ist er Mitglied im parlamentarischen Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

www.andreas-schwab.de

Klicken statt tippen: Die Links finden Sie auch unter www.bwHeute.de

Europäisches Parlament:
www.europarl.europa.eu/news/public/default_de.htm

Europäisches Parlament, Informationsbüro für Deutschland:
www.europarl.de

www.gehardt-mdep.de